Lehrpersonen
Konferenz
Berufsfachschulen
Kanton Zürich
www.lkbzh.ch

PROTOKOLL DER 1. DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2013

ORT	KV Zürich Business School, Aula, Limmatstrasse 310, 8037 Zürich
DATUM, ZEIT	Dienstag, 19. März 2013, 13.30 – 17.00 Uhr
ANWESEND	43 Delegierte, Konventspräsidentinnen und -präsidenten
ENTSCHULDIGT	10 Delegierte, Konventspräsidentinnen und -präsidenten
VORSITZ	Doris Kohler, Präsidentin

Traktanden

1. Begrüssung
   Doris Kohler (Präsidentin der LKB) und René Portenier (Rektor)
2. Traktandenliste und Protokoll der DV vom 12. September 2012
3. Fragen zu den Mitteilungen aus dem Vorstand
   - Echo auf die Resolution der VV 2012
   - Vernehmlassungen
   - Weiterbildung für Lehrpersonen der Berufsfachschulen an der PHZH
   - Änderungen in der Verordnung zur Finanzierung der berufsorientierten Weiterbildung, Expertise von H.-P. Hauser
   - Bildungsrat
   - Zusammenarbeit mit Verbänden

   Um Zeit zu sparen werden die Mitteilungen aus dem Vorstand nicht mehr mündlich an der Delegiertenversammlung präsentiert, sondern auf der LKB-web Seite ab dem 12. März aufgeschaltet.

   Wir bitten die Delegierten diese vorgängig zur Kenntnis zu nehmen, damit an der Delegiertenversammlung dann genügend Zeit bleibt für Fragen, eigene Ergänzungen und Diskussion.
4. Fragen des LKB-Vorstandes an den Amtschef
   a) Zukunft des Einsatzes von elektronischen Lehrmitteln an den BFS: Mit welchen Entwicklungen ist zu rechnen? Welche ICT-Strategien existieren?
   b) Geschlechtsspezifische Förderung: Welche Bemühungen gibt es, um mehr Mädchen, junge Frauen für „männliche" Berufe zu gewinnen? Gibt es eine (geschlechtsneutrale) Förderung der MINT-Fächer an den BFS?
   c) Lehraufsicht durch BerufsinspektorInnen: Reicht die gegenwärtige Aufsicht? Viele BFS-Lehrpersonen haben den Eindruck, diese müsste optimiert werden.
   d) Mentorate werden an verschiedenen BFS unterschiedlich entschädigt. Wie könnte diese wichtige Aufgabe gestärkt werden?
   e) Angebote in der beruflichen Weiterbildung werden vom MBA überprüft und bewilligt. Wie ist dieses Bewilligungsverfahren am MBA organisiert (Kriterien, ausführende Personen, Frist, etc.)
   f) Wie unsicher wird für Lehrpersonen eine Beschäftigung /Anstellung im Bereich der beruflichen Weiterbildung? Ist es noch klug, sich auf eine solche Tätigkeit einzulassen oder gibt es nur noch sichere Pensen im Bereich der beruflichen Grundbildung?
   g) Falls schon Genaueres bekannt und entschieden: Wie sehen die zukünftigen Standorte der BFS in der Stadt Zürich aus?

   Die Delegierten haben die Möglichkeit, zu den Themen eigene spezifische Erfahrungen mitzuteilen, weitergehende Fragen zu stellen oder zu den Informationen Stellung zu nehmen.
5. Verschiedenes
   Datum und Ort der nächsten DV

1. Begrüssung

Die Präsidentin, Doris Kohler, eröffnet die Versammlung und begrüsst die Delegierten, die Konventspräsidentinnen und -präsidenten.

René Portenier (Rektor) stellt seine Schule und ihre Projekte vor. Aus Gründen der Altersstruktur des Lehrkörpers wird seit 2008 jährlich eine grössere Anzahl von Lehrpersonen pensioniert, so dass 15 – 20 neue Lehrpersonen pro Jahr eingestellt werden müssen.

67 Lehrpersonen sind in den Genuss der ausserordentlichen Lohnmassnahmen gekommen. Trotzdem ist noch immer Nachholpotential vorhanden. René Portenier macht sich vor allen für diejenigen Lehrpersonen (ca. 10%) stark, die noch immer unter dem LKB-Standard liegen. Er ruft dazu auf, an den eigenen Schulen aktiv zu werden, dass diese Ungleichheit eliminiert werden kann.

Zum ersten Mal an einer DV nehmen 3 neue Delegierte teil, die sich kurz vorstellen.

2. Traktandenliste, Protokoll der DV vom 12. September 2012

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Das Protokoll wird ohne Einwände angenommen und dem Aktuar verdankt.

Doris stellt die Vorstandsmitglieder kurz vor und übergibt, da sie krankheitshalber reduziert ist, die Versammlungsleitung an den Vizepräsidenten Armin Tschenett.

3. Fragen zu den Mitteilungen aus dem Vorstand

- **Echo auf die Resolution der VV 2012**

  Der Rektor des Berufsbildungszentrums Dietikon unterstützt die Resolution ähnlich wie René Portenier. Die KRB hat die LKB-Resolution als Einmischung in ihre eigenen Kompetenzen empfunden. – Wehren lohnt sich: Einer Gruppe von Lehrpersonen der KV Zürich Business School wurden aufgrund einer Einsprache ein weiterer Stufenanstieg zugestanden!

- **Vernehmlassungen**

  In der Vernehmlassungsantwort zum Qualifikationsverfahren hat sich die LKB der Antwort der KRB angeschlossen.

  Da die Synodalorganisation nur die Volksschule betroffen hat, wurde auf eine Stellungnahme seitens der LKB verzichtet.

  Zum Disziplinarreglement hat sich die LKB auch vernehmen lassen, obwohl keine heiklen Punkte tangiert wurden. Obwohl der Informationsbedarf einer Lehrperson oftmals nicht deckungsgleich (beispielsweise bei Auslandaufenthalten mit der Klasse) mit dem der Schulleitung ist, kann dies kaum durch eine Reglementierung angeglichen werden.

- **Weiterbildung für Lehrpersonen der Berufsfachschulen an der PHZH**

  Christine H. orientiert über die Struktur der Echogruppe und des Programmangebots. Die Teilnehmerzahlen der Kurse sind in den Keller gesunken. Die Kurse finden vorwiegend am Freitag statt, was gegenüber den Mittelschulen, deren Angebote über die ganze Woche verteilt sind, eindeutig eine Benachteiligung ergibt. Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit könnte von den Schulleitern durch Gutschriften auf dem Stundenkonto gefördert werden.

  Helen Urech ruft dazu auf, Wünsche und Anliegen an sie zu richten. Eine Kursteilnehmerin wünscht, dass in den Kursen Inhalte vermittelt werden, die direkt im eigenen Unterricht umgesetzt werden können. Der Kursleiter hat diesbezüglich sehr wenig Input gegeben und die Teilnehmerin konnte wenig mitnehmen, was nicht schon bekannt war.

- **Änderungen in der Verordnung zur Finanzierung der berufsorientierten Weiterbildung, Expertise von H.-P. Hauser**

  Frank H. informiert über die neue finanzielle Regelung, die durch die Expertise von HP. Hauser wesentlich beeinflusst wurde. Früher waren die Berufsfachschulen als erste Anbieter gegenüber Drittanbietern favorisiert. Neu sind sie gleichgestellt. BS-Lehrpersonen müssten neu Kurse beim MBA beantragen, die dann bewilligt oder abgelehnt würden. Die EB Zürich ist von der neuen Finanzverordnung ausgenommen. Mittelfristig sollten jedoch nicht nur die EB Zürich nebst den Drittanbietern übrigbleiben.

- **Bildungsrat**

  Einziges Thema, das die Berufsfachschulen betraf, war die Angleichung des Disziplinarreglements der verschiedenen Schulstufen.

  Aufgrund der Kritik am momentan aktuellen Englisch-Lehrmittel wurden nun auch andere Lehrmittel wurden zugelassen. Ein neues Lehremittel wird momentan noch nicht in Angriff genommen, da dieses auf HARMOS abgestimmt werden soll.

  Die erste Zwischenbilanz der Bildungsdirektion zur Neustrukturierung der 3. Oberstufe durchaus positiv aus.

  Die Fachmaturität Pädagogik berechtigt zum prüfungsfreien Übertritt an die PH (Lehrpersonenrekrutierung für Kindergarten und Unterstufe).

- **Zusammenarbeit mit Verbänden**

  Mit dem ZVB wurden Kontakte geknüpft, die intensiviert werden sollen. Dies soll auch mit andern Verbänden (LOK) gesehen.

- **Gesucht: Neue Vorstandsmitglieder**

  Armin ruft auf, Ausschau nach 2 neuen Vorstandsmitgliedern zu halten.

4. Fragen des LKB-Vorstandes an den Amtschef

Die Pauschale des Bundes wird nicht zwingend für die berufliche Weiterbildung verwendet, sondern allgemein für die Berufsbildung. Falls mehr Geld benötigt wird, kann dies nur über den politischen Weg gehen.

Neue Technologie in Schulunterricht:

Ein eigenes Gerät für alle Lernenden mit dem Zugriff auf das Schulnetz wird in Zukunft Standard sein. Die Informatikabteilung wird Konzepte ausarbeiten und individuelle Lösungen für die Schulen entwickeln müssen. Die Technologie an den Schulen muss ausgebaut werden und die Schulen müssen mit ihren Wünschen bei der Informatikabteilung vorstellig werden.

Geschlechterspezifische Förderung:

Vom Kindergarten bis ins Gymnasium werden speziell die naturwissenschaftlichen Fächer und Technik (MINT) gefördert. Nicht das MBA, sondern die Verbände und die Volksschule sollten darauf einwirken.

Lehraufsicht, BerufsinspektorInnen:

15 BerufsinspektorInnen beaufsichtigen 34‘000 Lehrverhältnisse mit sehr individuellen Situationen. Bei kleineren Betrieben mit weniger und schwächeren Lernenden ist eine intensivere Betreuung notwendig. Jugendliche mit Problemen sollten Kontakt mit den entsprechenden Stellen des MBA aufnehmen, damit diese beraten und schlichten können. Die Hauptaufgabe ist nicht die Kontrolle, sondern darauf achten, dass die Voraussetzungen gegeben sind. Lehrpersonen sollten sich darauf beschränken, Kontaktstellen zu vermitteln. Netz2 bietet sich bei Mehrfachproblematik an. (Vorschlag: Informationsaustausch des Vorstands/Delegierten mit BerufsinspektorInnen)

Mentoratsentschädigung:

Momentan wird versucht, eine Vereinheitlichung (obA mit Entschädigung, mbA ohne Entschädigung) an den Mittelschulen zu schaffen. Lokale Lösungen, die nicht gegen Recht und Gesetz verstossen, sollen mit Schulen auch möglich sein. Die Gewinnung und der Erhalt von Lehrpersonen muss allenfalls konzeptionell angegangen werden. Das Mittelschul-Model soll vorgestellt werden.

Bewilligungsverfahren für berufliche Weiterbildung des MBA:

Es sind standardisierte Abläufe bezüglich mehrerer Kriterien vorgesehen. Dadurch können jedoch auch Unsicherheiten der Lehrpersonen mit einer Anstellung in der beruflichen Weiterbildung entstehen. Der Unternehmerische Spielraum der einzelnen Schulen ist sinnvoller als eine zentrale Steuerung durch das MBA.

Künftige Berufsfachschul-Standorte in der Stadt Zürich (Berufsbildungsmeile Kreis 5):

Die Zahl der Auszubildenden nimmt bis 2030 um ca. 6000 zu. Die BFS sollen an diesen Standorten konzentriert und in mehreren Punkten (Turnhallen, Renovationen etc.) verbessert werden. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 250 Mio. Franken. Obwohl es politisch noch vieles zu klären gibt, ist es ein kleineres Problem als die 3 zusätzlichen Mittelschulen, die durch den Anstieg der Schülerzahlen in den nächsten 10 Jahren gebaut werden müssen.

Verpflegungsabzug in der Steuererklärung:

Es existiert keine Einheitlichkeit. Lunchchecks zu fordern, wie sie die Volksschullehrpersonen erhalten, ist kaum möglich.

Anregung: Für Probleme von Jugendlichen soll jede Schule professionelle externe Fachpersonen beiziehen können. Die Frage stellt sich, ob dies zentral oder dezentral gelöst werden soll.

Kummer spricht sich für eine Stärkung der BM1 aus.

5. <u>Verschiedenes</u>

   Die nächste Delegiertenversammlung findet an einem Mittwoch im September 2013 statt.

Die Präsidentin bedankt sich herzlich für das Gastrecht und die gute Bewirtung.

Schluss der Versammlung: 17:00 Uhr

Neftenbach, 23. Mai 2013

Der Aktuar

M. Roser